

Vorschlag zur Diskussion des Projektes „Europakongress 2018“ beim der Sitzung des Attac Rat am 11. Februar 2017

Stand 22.12.2016

Auf dem Herbstratschlag gab es eine intensive Diskussion um einen möglichen Kongress von Attac zu Europa im Jahr 2018. Vereinbart wurde, dass der Diskussion zu Europa und EU innerhalb von Attac intensiviert werden und bis zum Frühjahr ratschlag ein konkreter Beschlussvorschlag zum Kongressprojekt vorliegen soll. Inzwischen gibt es unter anderem in der PG Eurokrise eine lebhaft Diskussions zum Kongressprojekt.

Wenn der Rat seine Rolle als „strategischer Kern“ von Attac wahrnehmen will, sollte er solche Prozesse begleiten und auf sich auf seinen Sitzungen Zeit nehmen, sie zu diskutieren. Dabei sollten alle, die bereits am Projekt arbeiten und die noch dafür gewonnen werden könnten, in die Diskussion einbezogen werden. Deshalb wollen wir den Rat am 11.02.2017 für diese Diskussion nutzen.

Ablauf der Diskussion:

1. Vier jeweils 10minütige Input

- aus der Regionalgruppe Freiburg, die den Ratsantrag gestellt hat
- von der PG Eurokrise
- von der AG Internationale
- vom KoKreis.

Die Inputs sollten sich an folgenden Leitfragen orientieren:

- Was ist das primäre Ziel des Kongresses? // Beispielweise: Selbstverständigung zu unserer Position, Werbung für ein bestimmtes Projekt, Teil einer Kampagne ...
- Was soll der inhaltliche Schwerpunkt sein? // Beispielweise: Austeritätspolitik, Freihandel, Demokratie ...
- Welches sind die Zielgruppen? // Beispielweise: Attacies und politisches Umfeld, breite Öffentlichkeit ...
- Welches sind potentielle Partner_innen?

Zu jeder Frage gibt es jeweils eine Metaplantafel, auf der mit Karten in Stichworten die Inputs festgehalten werden.

2. Diskussion (40 Minuten) der Inputs mit dem Ziel anhand der Leitfragen die Vorschläge weiter zu konkretisieren und auf Gemeinsamkeiten zu prüfen. Die Moderation ergänzt dazu an den Metaplantafeln und versucht, die in der Diskussion auftretenden Gewichtungen (z.B. für ein bestimmtes Thema) ebenfalls an den Tafeln zu dokumentieren.

3. Zum Abschluss sollte es zu möglichst konkreten Vereinbarungen kommen:

- Was wird dem Ratschlag vorgeschlagen (Inhalt, Größe, Zielgruppe, Partner_innen ...)?
- Wer kümmert sich um die Formulierung des Ratsantrags?
- Wer ist bereit am Projekt mitzuarbeiten?
- Einrichtung einer vorläufigen Projektgruppe bis zum Ratschlag

Anlage 1: Antrag Freiburg zum Herbstratschlag

Antrag zum Herbstratschlag Frankfurt 2016:

Wir beantragen, dass Attac sich im Jahr 2018 dem Schwerpunkt „Ein anderes Europa – solidarisch, demokratisch, friedlich – ist möglich“ widmet. Dabei sollte für das Frühjahr 2018 ein europäischer Kongress zu dem Thema durchgeführt werden. Da dies einer längeren Vorbereitung und eines Diskussionsprozesses in Attac bedarf, sehen wir es als sinnvoll und notwendig an, wenn sowohl bei dem Alternativgipfel zum G-20-Gipfeltreffen in Hamburg als auch während des Jahres 2017 in Attac der Diskussionsprozess initiiert und das Thema zielführend bearbeitet wird. Um dies zu gewährleisten, halten wir es für erforderlich, für den Zeitraum 2017/2018 mindestens eine halbe Stelle vorzusehen oder einzurichten, die die Koordination und inhaltliche Arbeit dazu vorantreiben soll.

Diese Fokussierung erscheint uns notwendig und sinnvoll angesichts negativer Entwicklungen

in Europa/in der EU, die wir in der Begründung näher analysieren. Es gilt aber auch die Ansätze, die für ein anderes Europa in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht stehen, zu bündeln und für unseren alternativen Entwurf eines solidarischen, demokratischen und friedlichen Europa fruchtbar zu machen.

Begründung:

Allgemein: Wie notwendig eine klare Fokussierung der Arbeit von Attac ist, hat nicht erst die neue *Studie zur Zukunft von Attac* deutlich gemacht. Neben dieser strukturell notwendigen Schwerpunktbildung ist eine inhaltliche Debatte zu den gegenwärtigen Entwicklungen und der Frage nach der Zukunft Europas und der EU mehr als notwendig und sinnvoll.

Im Einzelnen:

1. Wir sehen uns auf der politischen Ebene mit Entwicklungen konfrontiert, die die fehlende Demokratie in Europa zementieren. So gibt es kaum eine als Gewaltenteilung zu bezeichnende Kontrolle der Macht. Wie Europa demokratisch werden könnte, konkret wie dies in einem neuen europäischen Grundlagenvertrag verankert werden könnte, und wie ein EU- Parlament (und andere EU-Institutionen) dies dann ausfüllen könnten, wären zu diskutieren.
2. Rechtspopulisten und Rechtsextremisten sind in verschiedenen europäischen Staaten an der Macht oder drohen in den nächsten Jahren die Macht zu übernehmen und ihren Einfluss auch in den politisch und ökonomisch mächtigen Staaten weiter zu vergrößern (Wahlen in Frankreich und Deutschland). Das Projekt eines solidarischen, demokratischen und friedlichen Europa, wozu auch eine offene Gesellschaft unter Inklusion von Flüchtlingen und Migranten/innen gehört, hat demgegenüber viel an Attraktivität eingebüßt, sollte aber wieder aus der Defensive in die Offensive gebracht werden.
3. Ökonomisch treten viele Reformansätze in Europa – wenn es solche gab - auf der Stelle oder wurden ganz beerdigt. Hier sind vor allem die Finanztransaktionssteuer (Schäubles Rückzug), die Gesamtkonzernsteuer (Beispiel: apple in Irland) und die nicht wirklich angegangene Bankenreform zu nennen. Stattdessen regiert in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik weiterhin die neoliberale Austeritätspolitik

(Fünfpräsidentenerlass), die die Probleme ganzer Regionen (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Niedriglohnsektor) verschärft und eine Finanzpolitik, in der der Euro immer mehr zum Korsett für periphere Mitgliedsländer wird. An deren Stelle sollte das Projekt eines solidarischen Europa der Menschen mit seinen ökonomischen Alternativen und eine Neugestaltung des Währungs- und Schuldenregimes treten.

4. In der Handelspolitik (TTIP, CETA, TISA) regieren in der EU Intransparenz und eine Politik, die die Senkung ökologischer und sozialer Standards zugunsten von Konzernprofiten betreibt. Gegenüber wirtschaftlich weniger starken Ländern dominiert eine Art ökonomischer Neokolonialismus (EPA, Rohstoffausbeutung, Landgrabbing, Wasser- und Fischereipolitik), der zusammen mit der Rüstungsexportpolitik (Militarisierung der EU Außenpolitik) und der Klimapolitik die entscheidenden Fluchtursachen bilden, die aber im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingspolitik kaum thematisiert werden.
5. Auf der Ebene der Ökologie wird gegenwärtig unter dem Druck von wirtschaftlichen Interessenverbänden das ausgehandelte Klimaabkommen, das selbst schon einen Kompromiss darstellt, immer weiter verwässert.

Methode: Als Auftakt, um diese Entwicklungen zu thematisieren und Gegenstrategien zu diskutieren, sollte ein **Europa-Kongress, der den *Beginn* einer weiteren Auseinandersetzung darstellt**, veranstaltet werden. Dabei sollten auch alternative Ansätze für ein anderes Europa vorgestellt und diskutiert werden, so dass die Konturen dieses anderen Europa, das wir wollen, erkennbar werden.

Anlage 2: Protokollauszug zu AG Europa

AG-Phase auf dem Herbststratschlag 2016: 'Europa'

Es waren fast 50 Leute da, dadurch war der Raum sehr eng und die ohnehin knappen 90 Minuten noch prekärer.

Die Diskussion war sehr lebhaft und engagiert, die Kleingruppenphase trotz einer gewissen Beengtheit produktiv.

Es haben sich viele TeilnehmerInnen für die Info- und einige für die Arbeitsliste der PG Eurokrise eingetragen.

Eingangs wurden von Urs (PG Eurokrise, Moderation) über den Stand des EU- Krisen-Marathons einige Gedanken skizziert.

Kernthesen:

1. Die multiplen Krisen werden von der Politik systematisch genutzt, um Reformen durchzusetzen, für die es sonst keine Einstimmigkeit gäbe.
2. Das Ziel dessen ist eine Europäisierung weiterer Politikbereiche. Das ist prinzipiell notwendig, aber es geschieht auf undemokratische und unsoziale Weise.
3. Die Linke hat dem wenig entgegenzusetzen, da sie nur hastig reagiert und weitgehend wirkungslos von einer 'Krise' zur nächsten rennt.
4. Um das zu ändern, braucht es ein linkes Gegenprojekt eines 'anderen Europa', das eine strategische Perspektive bietet.

Darauf folgte eine Diskussion, daraus einige Punkte:

- 'linkes Europa' ist eine ungeschickte Begrifflichkeit
- besser ökologisch, demokratisch, sozial, feministisch, friedlich...
- reden wir von Europa oder von der EU?
- Portugal wird von Ratingagenturen unter Druck gesetzt
- Gefahr der Wiederkehr des Nationalismus, wie damit umgehen?
- wichtige Rolle der deutschen Regierung darf nicht vergessen werden
- Wichtigkeit der Vernetzung der europäischen Bewegungen immer wieder betont
- viele gute Ansätze sind vorhanden, müssen wachsen und sich verbinden
- Alter Summit Ende November nächster wichtiger Schritt

Die vier von der PG vorgeschlagen Fragen schlossen daran gut an; mit diesen wurden die TN in 5 Kleingruppen geschickt:

1. An welcher Frage/ Forderung kann sich das 'andere Europa' kristallisieren?
2. Was brauchen wir für eine Europäisierung der Kämpfe?
3. Brauchen wir ein 'europäisches Blockupy' (ggf. anderer Name)?
4. Trauen wir uns die Ausrichtung eines EUropa-Kongresses zu?

Die Ergebnisse geclustert (pro Zeile ein Cluster):

1. soziales statt neoliberales Europa / soziale Auseinandersetzungen als Ausgangspunkt / was brauchen die Menschen in ...?
Neuorientierung Verh. Kapital-Arbeit / Gemeinwohlökonomie
Solidarität / solidarisches Europa, umverteilen, gleiche Rechte, Steuerpolitik
2. Vernetzung (4x) / Bündnisse / Gewerkschaften, Bauernbewegungen, gesellsch. Kräfte.
Kommunikation über nat. Kämpfe, Solidarität / wohlwollende Kommunikation Partnerschaften von Attac-Regionalgruppen versch. Länder (***) / Kontakte zw. Attacs Europas intensivieren.
Verringerung Sprachbarrieren / viel Geld und Zeit
3. Ja (mehrfach) / brauchen europ. Bewegung. Nein / nur Geste ohne Inhalt / unsicher.
Umbenennen!
4. Ja (die meisten) / mit anderen Orgas / mit EAN? Maybe (2x) / könnte auch Teil des Alternativgipfels 2017 sein. Diverse Freiwillige vorhanden

Fazit:

Als Kristallisationspunkte wurden v.a. "soziales Europa" (bzw. EU-Sozialpolitik) und "andere

Wirtschaftsordnung genannt". Für die Europäisierung braucht es v.a. "mehr Vernetzung" - da hatten wir wohl die Frage nicht gut gestellt. Für eine Fortführung und Europäisierung von Blockupy gab es eine klare Mehrheit. Eher anderes Label? Einen Kongress fanden alle wünschenswert (und stemmbar). Der Workshop bot wichtige Impulse für die weitere Arbeit in Attac am Thema 'EUropa'.

Zum sehr konkreten Punkt 'Regionalgruppenpartnerschaften': In Freiburg und Aachen (und ev. Karlsruhe?) gibt es so etwas Ähnliches schon. Der Vorschlag wurde am Sonntag bereits der Rats-AG Internationales vorgestellt, mal sehen was daraus wird.

Anlage 3: Beschlussfassung Ratschlag zum Antrag aus Freiburg

Attac Freiburg benennt als Gründe für den Vorschlag:

Die Studie „Zukunft von Attac“ mahne die klarere Erkennbarkeit von Attac an, diese könne durch die Fokussierung auf Europa erreicht werden.

Das brauche längeren Vorlauf und könne in einen Europakongress 2018 münden. Dort könnten neue Ansätze für ein anderes Europa zusammengeführt werden.

Konkreter Beschlussvorschlag:

Eine inhaltliche Debatte zu der gegenwärtigen Entwicklung und der Frage nach der Zukunft Europas und der EU ist mehr als notwendig und sinnvoll.

Der Attac Ratschlag begrüßt das Interesse von Attac Freiburg und anderen Attacies, insbesondere die Überlegung, 2018 einen Europa-Kongress durchzuführen. Attac Freiburg und die weiteren interessierten Attacies erarbeiten zum Frühjahrsratschlag einen ersten Vorschlag; dieser Vorschlag enthält die Auflistung möglicher Kooperationspartner.

Konsens